

ESV

Die Berechnung des Ehegattenunterhalts

Bedarf – Bedürftigkeit – Leistungsfähigkeit

Von

Dr. Jürgen Soyka

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info /978 3 503 13097 9

1. Auflage 2000
2. Auflage 2003
3. Auflage 2012

ISBN 978 3 503 13097 9

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2012

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

Vorwort zur dritten Auflage

Seit der zweiten Auflage ist eine lange Zeit vergangen, in der gerade der Ehegattenunterhalt vielen Veränderungen ausgesetzt war. Zu nennen ist die Unterhaltsreform, mit der nicht nur die Rangverhältnisse zwischen Ehegatten und Kindern neu gestaltet wurden, sondern auch dem neuen Ehegatten des Pflichtigen und dem Berechtigten nach § 1615 I BGB gegenüber dem geschiedenen Ehegatten eine verbesserte Rechtsposition eingeräumt wurde. Hinzu kommt die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Wandel der ehelichen Lebensverhältnisse, die die im Gesetz vorgesehenen Berechnungsstufen – Bedarf, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit – erheblich ins Wanken gebracht hat. Ihr folgte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Januar 2011, mit der diese Rechtsprechung auf jeden Fall betreffend den neuen Ehegatten für verfassungswidrig erklärt wurde. Eine Vielzahl weiterer Änderungen, wie z.B. die Berücksichtigung einer angemessenen Altersversorgung, die Behandlung des Wohnvorteils etc. haben gravierenden Einfluss auf die Unterhaltsberechnung genommen, und die dritte Auflage dieses Buches gleichsam herausgefordert. Die Neuauflage versucht alle anstehenden Probleme bis ins Detail zu beleuchten und aufzuarbeiten. Das Konzept wird dabei nicht nur durch eine systematische Erfassung der Probleme, sondern auch durch zahlreiche Berechnungsbeispiele transparent gestaltet. Ein weiterer Schwerpunkt ist nach wie vor die Einkommensermittlung, die spezieller Kenntnisse bedarf, die auch das Steuer- und Sozialrecht einbeziehen müssen. Das Buch orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und erläutert Abweichungen davon eingehend. Gerade im Hinblick auf die Einbeziehung eines neuen Ehegatten des Pflichtigen ist eine spannende Rechtsentwicklung zu erwarten. Tabellen, Leitlinien und Rechtsprechung sind nach dem Stand Oktober 2011 eingearbeitet und berücksichtigt.

Krefeld, im Dezember 2011

Der Verfasser

Vorwort zur zweiten Auflage

Diese zweite Auflage wurde insbesondere durch die geänderte Auffassung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts zur Beurteilung der ehelichen Lebensverhältnisse und die Euro-Umstellung mit allen damit verbundenen Änderungen in unterhaltsrechtlicher Hinsicht veranlasst. Im Mittelpunkt steht nunmehr der Surrogationsgedanke, der nicht nur Erwerbseinkünfte, sondern nahezu alle Einkommensarten erfasst, vor allem auch Zinsen, Mieten, Wohnvorteil, Versorgungsentgelt und Renten. Dadurch ergeben sich ganz gravierende Veränderungen in der Unterhaltsberechnung. Dieses Buch versucht, die dadurch auftretenden Probleme bis ins Detail zu beleuchten und aufzuarbeiten. Das Konzept wird dabei nicht nur durch eine systematische Erfassung der Probleme, sondern auch durch zahlreiche Berechnungsbeispiele transparent gestaltet. Ein weiterer Schwerpunkt ist nach wie vor die Einkommensermittlung, die spezieller Kenntnisse bedarf, die auch das Steuer- und Sozialrecht einbeziehen müssen. Umfassend werden dabei insbesondere die Steuervorteile für den unterhaltsberechtigten Ehegatten behandelt, die im Regelfall nicht geltend gemacht werden. Das Buch orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und erläutert Abweichungen davon eingehend. Letztlich verdeutlicht sich, dass in vielen Bereichen noch eine spannende Rechtsentwicklung zu erwarten ist. Tabellen, Leitlinien und Rechtsprechung sind nach dem Stand Oktober 2002 eingearbeitet und berücksichtigt.

Krefeld, im Oktober 2002

Der Verfasser

Vorwort zur ersten Auflage

Familien­sachen erfahren derzeit einen Zuwachs von ganz erheblichem Ausmaß. Die Rechtsprechung setzt ständig neue Akzente. Die Einkommensermittlung, ein erheblicher Faktor für die Unterhaltsberechnung, bedarf spezieller Kenntnisse, die auch das Steuer- und Sozialrecht einbeziehen müssen. Dadurch ist die Berechnung des Ehegattenunterhalts auch im Hinblick auf die besonderen Strukturen der Unterhaltsberechnung zu einer schwierigen, ja sogar unüberschaubaren Materie geworden. Dies stellt sowohl an den Rechtsanwalt bei der Beratung von Mandanten als auch an den Richter bei der Entscheidung von Familienrechtsstreitigkeiten große Anforderungen. Dieses Buch versucht die Problematik dadurch in den Griff zu bekommen, dass es wie eine Unterhaltsberechnung aufgebaut ist. Sogar die dafür vorgegebene Prüfungsreihenfolge wird beachtet. Es wird streng zwischen Bedarf, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit getrennt. Jede dieser Berechnungsstufen weist Eigentümlichkeiten auf, die nicht auf andere übertragbar sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auf einzelnen Berechnungsstufen wiederholende Probleme jeweils gesondert zu behandeln. Das Konzept wird dabei nicht nur durch eine systematische Erfassung der Probleme, sondern auch durch zahlreiche Berechnungsbeispiele transparent gestaltet. Das Buch orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und erläutert Abweichungen davon eingehend. Dadurch verdeutlicht sich auch, dass in vielen Bereichen die Rechtsentwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Tabellen, Leitlinien und Rechtsprechung sind nach dem Stande Ende 1999 eingearbeitet und berücksichtigt.

Krefeld, im Januar 2000

Der Verfasser

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort zur dritten Auflage	5
Vorwort zur zweiten Auflage	6
Vorwort zur ersten Auflage	7
Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	23
A. Grundsätze für die Berechnung des Trennungs- und nachehelichen Unterhalts	25
1. Berechnungsstufen	25
2. Darlegungs- und Beweislast.	28
3. Fehler in der Prüfungsreihenfolge.	31
B. Bedarf	33
1. Einkommen des Unterhaltspflichtigen.	34
2. Berücksichtigungsfähige Abzugsposten.	134
3. Wohnvorteil.	175
4. Einkommen des Unterhaltsberechtigten	198
5. Bedarfsberechnung.	219
6. Mindestbedarf	227
7. Konkrete Bedarfsberechnung	232
8. Trennungsbedingter Mehrbedarf.	237
C. Bedürftigkeit	249
1. Anrechnung von tatsächlich erzieltm Erwerbs- einkommen	249
2. Anrechnung fiktiver Einkünfte	262

Inhaltsübersicht

	Seite
3. Einkünfte aus Kapitalvermögen	272
4. Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltsberechtigten	277
5. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	280
6. Wohnvorteil des Unterhaltsberechtigten	281
7. Unentgeltliche Zuwendungen Dritter	292
8. Einkünfte aus staatlichen Sozialleistungen	293
D. Leistungsfähigkeit	305
1. Fehlen der Leistungsfähigkeit als Einwendung	305
2. Eheangemessener Bedarf als Grenze der Leistungs- fähigkeit	306
3. Billigkeitsunterhalt nach § 1581 BGB	306
4. Der Selbstbehalt als Grenze der Leistungsfähigkeit	311
5. Berechnung der Leistungsfähigkeit	317
E. Rangverhältnisse und Mangelfall	343
1. Rangverhältnisse	343
2. Mangelfall	361
F. Familienunterhalt	379
1. Strukturmerkmale	379
2. Durchsetzbare Barunterhaltsansprüche	380
3. Konkurrenz mit Barunterhaltsansprüchen	382
Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur	387
Stichwortverzeichnis	388

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur dritten Auflage	5
Vorwort zur zweiten Auflage	6
Vorwort zur ersten Auflage	7
Inhaltsübersicht	9
Abkürzungsverzeichnis	23
A. Grundsätze für die Berechnung des Trennungs- und nachehelichen Unterhalts	25
1. Berechnungsstufen	25
2. Darlegungs- und Beweislast	28
3. Fehler in der Prüfungsreihenfolge	31
B. Bedarf	33
1. Einkommen des Unterhaltspflichtigen	34
1.1 Einkommen aus nicht selbständiger Tätigkeit	34
1.1.1 Einkommen	34
1.1.1.1 Abgeschlossenes Kalenderjahr	34
1.1.1.2 Laufendes Kalenderjahr	36
1.1.1.2.1 Ermittlung des Jahresbruttoeinkommens	36
1.1.1.2.2 Abzug von Steuern	37
1.1.1.2.3 Abzug von Sozialabgaben	41
1.1.1.2.4 Ermittlung des Nettoeinkommens	42
1.1.2 Sonstige relevante Einkommensbestandteile	43
1.1.3 Sonstige Abzüge	53
1.1.3.1 Vermögenswirksame Leistungen	53
1.1.3.2 Berufsbedingte Aufwendungen	54
1.1.4 Berücksichtigung von Steuererstattungen	58
1.1.4.1 Umlegungszeitraum	59
1.1.4.2 Allgemeine Grundsätze	59
1.1.4.3 Aufteilung von Steuerbescheiden	62
1.1.4.4 Das begrenzte Realsplitting	65

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
1.1.4.5	Eintragung eines Freibetrages auf der Steuerkarte	69
1.1.4.6	Geltendmachung der Steuervorteile nach § 33a EStG.	70
1.1.4.7	Geltendmachung der Steuervorteile im laufenden Unterhaltsrechtsstreit.	70
1.1.4.8	Geltendmachung von Steuervorteilen nach Beendigung des Unterhaltsrechtsstreites	73
1.1.4.9	Familienzuschlag nach der Beamtenbesoldung	74
1.2	Einkommen aus selbständiger Tätigkeit.	75
1.2.1	Personenkreis	75
1.2.2	Der Bewertungszeitraum.	75
1.2.2.1	Einkommen	75
1.2.2.2	Steuerlasten	77
1.2.2.3	Vorsorgeaufwendungen	78
1.2.3	Die Einnahme-Überschuss-Rechnung	78
1.2.4	Das Betriebsvermögen und die Abschreibungen.	78
1.2.5	Weitere Fehlerquellen.	82
1.2.6	Berücksichtigung von Entnahmen	84
1.2.7	Aufstockung des Vorratsvermögens	85
1.2.8	Rückstellungen	85
1.2.9	Die Darlegungs- und Beweislast	86
1.2.10	Vorsorgeaufwendungen	88
1.2.11	Berufsbedingte Aufwendungen	89
1.3	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.	89
1.3.1	Einstellung in die Unterhaltsberechnung	89
1.3.2	Einnahmen.	91
1.3.3	Abziehbare Ausgaben	91
1.3.4	Ermittlung der Miet- bzw. Pachteinnahmen	93
1.3.5	Verluste	94
1.3.6	Bedarfsprägender Charakter von Mieteinkünften.	95
1.3.7	Mehrjahresdurchschnitt bei Mieteinkünften	96
1.4	Einkünfte aus Kapitalvermögen	96
1.4.1	Einstellung in die Unterhaltsberechnung	96
1.4.2	Vermögenserträge	96
1.4.3	Abzüge.	96
1.4.4	Anrechnung von Erträgen	96
1.4.5	Bedarfsprägender Charakter von Zinseinkünften	97
1.4.6	Zurechnung fiktiver Erträge	97
1.5	Einkünfte aus Pensionen und Renten.	100

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
1.5.1	Berücksichtigung behinderungsbedingten Mehrbedarfs.	100
1.5.2	Bedarfsprägender Charakter der Renteneinkünfte	101
1.5.3	Einstellung in die Unterhaltsberechnung	102
1.5.4	Nebeneinkünfte von Rentnern	102
1.5.5	Rentennachzahlungen	103
1.6	Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen	103
1.6.1	Kindergeld.	103
1.6.2	Pflegegeld.	103
1.6.3	Erziehungs- und Elterngeld.	105
1.6.4	Arbeitslosen- und Krankengeld	105
1.6.5	Arbeitslosengeld II.	106
1.7	Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen Dritter	107
1.8	Eheprägender Charakter von Erwerbseinkünften.	107
1.8.1	Kriterien.	107
1.8.2	Normale Einkommensentwicklungen	109
1.8.3	Außergewöhnliche Einkommensentwicklungen.	110
1.8.4	Sonstige Einkünfte	113
1.8.5	Darlegungs- und Beweislast.	114
1.9	Zurechnung fiktiver Erwerbseinkünfte	114
1.9.1	Auswirkungen auf die ehelichen Lebensverhältnisse	114
1.9.2	Arbeitsplatzverlust	117
1.9.3	Arbeitsplatzwechsel	119
1.9.4	Verselbständigung.	120
1.9.5	Arbeitslosigkeit.	121
1.9.5.1	Ernsthafte Bewerbungsbemühungen	121
1.9.5.2	Reale Beschäftigungschance.	122
1.9.5.3	Darlegungs- und Beweislast.	123
1.9.6	Wechsel in den Ruhestand	124
1.9.7	Höhe der fiktiven Einkünfte und Dauer der Zurechnung	125
1.9.7.1	Höhe der fiktiven Einkünfte	125
1.9.7.2	Dauer der Zurechnung.	125
1.9.8	Arbeitslosengeld und Nebenverdienst	126
1.10	Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	128
1.10.1	Berücksichtigung von Krankengeld	128
1.10.2	Zurechnung fiktiver Einkünfte	130
1.11	Erstmals nach Trennung oder Scheidung erzielt Erwerbseinkommen des bis dahin haushaltsführenden Ehegatten	131

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.	Berücksichtigungsfähige Abzugsposten 134
2.1	Krankheitsbedingter Mehrbedarf 134
2.2	Verbindlichkeiten 137
2.2.1	Bedarfsprägend 137
2.2.2	Berücksichtigung der monatlichen Belastung 142
2.2.3	Einstellung in die Unterhaltsberechnung 143
2.3	Aufwendungen zur Vermögensbildung 144
2.4	Aufwendungen für die Altersversorgung 147
2.5	Kindesunterhalt 149
2.5.1	Minderjährigenunterhalt 149
2.5.1.1	Unterhalt des unterhaltspflichtigen Ehegatten für ein beim unterhaltsberechtigten Ehegatten lebendes Kind . . 149
2.5.1.2	Unterhalt des Unterhaltspflichtigen gegenüber im eigenen Haushalt lebenden gemeinsamen Kindern 153
2.5.1.3	Unterhalt gegenüber nicht gemeinsamen Kindern 154
2.5.1.3.1	Bedarfsprägung von Einkünften aus Karrieresprung 156
2.5.1.3.2	Berücksichtigung von Kindesunterhalten bei den ehelichen Lebensverhältnissen im Falle eines Karriere- sprungs 156
2.5.2	Unterhalt für volljährige, gemäß § 1603 Abs. 2, Satz 2 BGB privilegierte Kinder 157
2.5.2.1	Beiderseitiges eheprägendes Einkommen 158
2.5.2.2	Nicht eheprägendes Einkommen des Unterhalts- berechtigten 158
2.5.2.3	Alleiniges Einkommen des unterhaltspflichtigen Elternteils 160
2.5.3	Unterhalt für nicht gemäß § 1603 Abs. 2, Satz 2 BGB privilegierte Volljährige 161
2.5.4	Unterhalt gegenüber einem neuen Ehegatten 165
2.5.5	Unterhalt gegenüber Berechtigten nach § 1615I BGB . . . 166
2.5.6	Unterhalt gegenüber Eltern 166
2.6	Betreuungsbonus 168
2.7	Kindergartenbeiträge 169
2.8	Betreuungskosten 170
2.9	Mietkosten 170
2.9.1	Der Unterhaltspflichtige zahlt die Miete 171

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
2.9.1.1	Der Unterhaltspflichtige verbleibt in der Wohnung.	171
2.9.1.2	Der Unterhaltsberechtigte verbleibt in der Wohnung. . . .	172
2.9.2	Der Unterhaltsberechtigte zahlt die Miete.	173
2.9.2.1	Der Unterhaltspflichtige verbleibt in der Wohnung.	173
2.9.2.2	Der Unterhaltsberechtigte verbleibt in der Wohnung. . . .	175
3.	Wohnvorteil.	175
3.1	Arten des Wohnvorteils	175
3.2	Grundlagen des Wohnvorteils.	176
3.3	Einstellung des Wohnvorteils in die Unterhalts- berechnung	178
3.4	Berechnung des Eheprägenden Wohnvorteils	179
3.4.1	Unterhalt ab Scheitern der Ehe	180
3.4.2	Trennungsunterhalt bis Scheitern der Ehe	180
3.4.3	Berücksichtigung von Hauslasten.	184
3.4.3.1	Abzug von Annuitätsleistungen	184
3.4.3.2	Mit dem Grundeigentum verbundene Kosten.	185
3.4.3.3	Instandhaltungskosten	186
3.4.4	Behandlung von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen.	187
3.4.5	Verbrauch des Veräußerungserlöses aus dem Verkauf der Immobilie nach Trennung oder Scheidung	187
3.4.6	Veräußerung des Miteigentumsanteils an den anderen Ehegatten.	193
3.4.7	Nutzungsentschädigung.	195
3.4.8	Berechnungsbeispiele	196
4.	Einkommen des Unterhaltsberechtigten	198
4.1	Eheprägende Erwerbseinkünfte	199
4.2	Fiktive Einkünfte	200
4.3	Versorgungsentgelt.	201
4.3.1	Versorgungsleistungen	202
4.3.2	Höhe des Versorgungsentgelts	202
4.3.3	Ersparnis von Aufwendungen.	203
4.3.4	Zumutbarkeit	204
4.3.5	Darlegungs- und Beweislast.	205
4.4	Überobligationsmäßige Einkünfte	205
4.5	Renteneinkünfte	207

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4.6	Zinseinkünfte 212
4.7	Mieteinnahmen 216
4.8	Freiwillige Leistungen Dritter 217
4.9	Berücksichtigung von Verbindlichkeiten und Unterhaltungspflichten. 217
4.9.1	Veränderung nach der Scheidung 217
4.9.2	Veränderung nach der Trennung. 218
5.	Bedarfsberechnung. 219
5.1	Ehegattenquote 219
5.2	Methodenwahl 221
5.2.1	Differenzmethode. 221
5.2.2	Additionsmethode 222
5.2.3	Quotenbedarfsmethode 224
5.2.4	Anrechnungsmethode 225
5.2.5	Mischmethode. 226
6.	Mindestbedarf 227
7.	Konkrete Bedarfsberechnung 232
7.1	Grundlagen der konkreten Bedarfsberechnung. 233
7.2	Sättigungsgrenze 233
7.3	Angemessenheit der konkreten Bedarfsberechnung 234
7.4	Auskunftsanspruch. 235
7.5	Abänderungsverfahren. 236
7.6	Checkliste 236
7.7	Altersvorsorgeunterhalt. 237
7.8	Einkünfte des Unterhaltsberechtigten 237
8.	Trennungsbedingter Mehrbedarf. 237
8.1	Einstellung in die Unterhaltsberechnung 237
8.2	Berechnung des trennungsbedingten Mehrbedarfs 238
8.2.1	Wohnkosten 238
8.2.2	Kosten der Haushaltsführung 239
8.2.3	Umzugskosten 240
8.2.4	Hausratsanschaffungen 240

	Seite	
8.3	Trennungsbedingter Mehrbedarf des Unterhalts- verpflichteten.	240
8.4	Leistungsfähigkeit beim trennungsbedingten Mehrbedarf	241
8.5	Beiderseitiger trennungsbedingter Mehrbedarf	244
8.6	Geltendmachung im Verfahren	246
8.7	Trennungsbedingter Mehrbedarf und Mangelfall	246
C.	Bedürftigkeit	249
1.	Anrechnung von tatsächlich erzieltm Erwerbs- einkommen	249
1.1	Einkünfte aus eheprägender Erwerbstätigkeit.	250
1.1.1	Berücksichtigung von Schulden	250
1.1.2	Betreuungskosten	252
1.1.3	Kindergartenbeiträge	253
1.1.4	Unterhaltsverpflichtungen	253
1.1.4.1	Unterhalt gegenüber minderjährigen Kindern	253
1.1.4.2	Haftungsanteil bei gemäß § 1603 Abs. 2, Satz 2 BGB privilegierten Kindern	253
1.1.4.3	Haftungsanteil bei nicht privilegierten Volljährigen	258
1.2	Einkünfte aus nicht eheprägender Erwerbstätigkeit	260
1.2.1	Fehlen eines Surrogats	260
1.2.2	Außergewöhnliche Einkommensentwicklungen.	261
1.2.3	Berücksichtigung von Schulden und Unterhalts- verpflichtungen	262
2.	Anrechnung fiktiver Einkünfte	262
2.1	Erwerbsobliegenheit bei Betreuung minderjähriger Kinder	263
2.1.1	Basisunterhalt	263
2.1.2	Betreuungsunterhalt ab dem 3. Lebensjahr des Kindes	264
2.1.2.1	Alter des Kindes	264
2.1.2.2	Gestaltung der Erwerbstätigkeit	264
2.1.2.3	Betreuungsangebot des anderen Elternteils	265
2.1.2.4	Kindbezogene Verlängerungsgründe	266
2.1.2.5	Überobligatorische Belastung	266
2.1.2.6	Elternbezogene Verlängerungsgründe	267
2.1.2.7	Darlegungs- und Beweislast	268

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.2	Erwerbsobliegenheit in der Trennungszeit. 268
2.3	Erwerbsobliegenheit und Vertrauensschutz. 269
2.4	Erwerbsobliegenheit und Krankheit. 270
2.5	Dauer der Zurechnung fiktiver Einkünfte und deren Höhe 270
3.	Einkünfte aus Kapitalvermögen 272
3.1	Eheprägende Einkünfte 272
3.2	Nicht eheprägende Einkünfte 272
3.3	Zurechnung fiktiver Zinsen 273
3.4	Höhe der fiktiven Zinsen 276
4.	Verwertung des Vermögensstammes des Unterhaltsberechtigten 277
4.1	Beim nahehelichen Unterhalt. 277
4.1.1	Vermögen. 277
4.1.2	Wirtschaftlichkeit 278
4.1.3	Billigkeitsabwägung 278
4.1.4	Umfang der Vermögensverwertung 279
4.2	Beim Trennungsunterhalt. 279
5.	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. 280
5.1	Eheprägende Einkünfte 280
5.2	Nicht prägende Einkünfte 280
6.	Wohnvorteil des Unterhaltsberechtigten 281
6.1	Der eheprägende Wohnvorteil. 281
6.1.1	Unterhalt bis zum Scheitern der Ehe 281
6.1.2	Unterhalt ab Scheitern der Ehe 282
6.1.3	Bei langer Trennungsdauer 283
6.1.4	Angemessener Wohnwert 283
6.1.5	Wohnwert beim Unterhalt ab Scheitern der Ehe. 284
6.1.6	Berücksichtigung von Finanzierungskosten 284
6.1.6.1	Der in der Ehwohnung verbleibende bedürftige Ehegatte trägt die Finanzierungskosten 286
6.1.6.2	Der nicht in der Wohnung verbliebene unterhaltspflichtige Ehegatte zahlt die Finanzierungskosten 286
6.1.6.3	Berücksichtigung von Finanzierungskosten, die den Wohnwert übersteigen 287

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6.1.7	Berücksichtigung von verbrauchsunabhängigen Nebenkosten 287
6.1.8	Berücksichtigung von verbrauchsabhängigen Nebenkosten 287
6.1.9	Übernahme des Miteigentumsanteils des unterhaltsverpflichteten durch den unterhaltsberechtigten Ehegatten 288
6.1.10	Wohnwert bei Zahlung einer Nutzungsentschädigung 290
6.2	Nicht eheprägender Wohnvorteil 290
7.	Unentgeltliche Zuwendungen Dritter 292
8.	Einkünfte aus staatlichen Sozialleistungen 293
8.1	Sozialhilfe 293
8.1.1	Subsidiarität 293
8.1.2	Forderungsübergang 294
8.1.2.1	Unterhaltszeitraum vor Rechtshängigkeit 294
8.1.2.2	Unterhaltsansprüche ab Rechtshängigkeit 296
8.1.2.3	Unterhaltsansprüche ab der letzten mündlichen Verhandlung 297
8.1.3	Berücksichtigung fiktiver Einkünfte des Unterhaltsverpflichteten bei Sozialhilfebezug durch den Berechtigten 297
8.2	Arbeitslosengeld II 300
8.3	Erziehungs- und Elterngeld 300
8.4	Wohngeld 300
8.4.1	Berücksichtigung als Einkommen 300
8.4.2	Darlegungs- und Beweislast 302
8.5	Erträge aus dem Altersvorsorgeunterhalt 303
D.	Leistungsfähigkeit 305
1.	Fehlen der Leistungsfähigkeit als Einwendung 305
2.	Eheangemessener Bedarf als Grenze der Leistungsfähigkeit 306
3.	Billigkeitsunterhalt nach § 1581 BGB 306
3.1	Individuelle Kürzung 309
3.2	Kürzung gemäß Mangelfallberechnung 309

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3.3	Quotenmäßige Kürzung 310
4.	Der Selbstbehalt als Grenze der Leistungsfähigkeit 311
4.1	Anwendungsbereich. 311
4.2	Der Selbstbehalt des Ehegatten nach den Leitlinien der Oberlandesgerichte. 311
4.3	Änderungen des Selbsthalts 312
4.3.1	Sonstige Deckung der Lebenshaltungskosten 312
4.3.2	Berücksichtigung von Mietkosten. 312
4.3.2.1	Höhere Miete als die in den Selbsthaltsätzen berücksichtigten Wohnkosten 313
4.3.2.2	Geringere Miete als der in die Selbsthaltsätze eingearbeitete Wohnkostenanteil. 314
4.3.3	Zusammenleben mit neuem Lebenspartner oder im Falle der Wiederheirat 316
5.	Berechnung der Leistungsfähigkeit. 317
5.1	Einkommen. 317
5.2	Zinsen. 318
5.3	Schulden. 318
5.4	Anrechnung eines Wohnvorteils 321
5.4.1	Eheprägender Wohnvorteil 321
5.4.1.1	Wohnwertberechnung beim Trennungsunterhalt bis zum Scheitern der Ehe 322
5.4.1.2	Wohnwertberechnung unter Berücksichtigung laufender Finanzierungskosten. 325
5.4.1.3	Berücksichtigung von Finanzierungskosten, die den Wohnwert übersteigen: 328
5.4.1.4	Berechnung der Leistungsfähigkeit bei Übernahme des hälftigen Miteigentumsanteils des Unterhalts- berechtigten. 329
5.4.1.5	Wohnwertberechnung bei Unterhalt nach Scheitern der Ehe. 330
5.4.1.6	Wohnwert bei Nutzungsentschädigung 331
5.4.2	Nicht eheprägender Wohnvorteil 331
5.5	Die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines unterhaltsberechtigten Kleinkindes („Hausmannrechtsprechung“). 332

	Seite
5.5.1	Im Falle der Wiederheirat 332
5.5.1.1	Geltung für den Unterhalt minderjähriger Kinder 332
5.5.1.2	Geltung für den Unterhalt des geschiedenen Ehegatten . . 333
5.5.2	Im Falle einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft 334
5.5.2.1	Zurechnung von Einkünften zur Erfüllung von Unterhaltsverpflichtungen gegenüber der alten Familie . . 335
5.5.2.2	Beachtlichkeit der Rollenwahl. 335
5.5.2.3	Verpflichtung des Unterhaltsschuldners und seines neuen Ehegatten oder Lebensgefährten 336
5.5.2.4	Umfang der Nebentätigkeit. 336
5.5.2.5	Sicherstellung des Familienunterhalts. 337
5.5.2.6	Hypothetische Prüfung der Leistungsfähigkeit bei vollschichtiger Erwerbstätigkeit 338
5.5.2.7	Berechnungsbeispiel 339
E.	Rangverhältnisse und Mangelfall. 343
1.	Rangverhältnisse 343
1.1	Rangstufen. 343
1.2	Rangverhältnisse zwischen mehreren unterhalts- berechtigten Ehegatten. 344
1.2.1	Beurteilung der Rangverhältnisse 344
1.2.2	Unterhaltsberechnung bei Vorrang des geschiedenen Ehegatten. 345
1.2.3	Unterhaltsberechnung bei Gleichrang 346
1.2.4	Unterhaltsberechnung bei Nachrang des geschiedenen Ehegatten. 350
1.2.5	Unterhaltsberechnung bei Ehegatten mit Einkünften. . . . 354
1.2.6	Unterhaltsberechnung bei unterschiedlichen ehelichen Lebensverhältnissen 357
1.3	Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Berechtigten nach § 1615I BGB. 359
1.4	Auswirkungen der Rangverhältnisse im Mangelfall 360
2.	Mangelfall 361
2.1	Auswirkungen auf die Einkommensermittlung. 361
2.2	Verpflichtung zur Vermögensverwertung 364
2.2.1	Beim nahehelichen Unterhalt. 364
2.2.2	Beim Trennungsunterhalt. 364

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2.3	Auswirkungen des Mangelfalls auf die Einkommensgruppen der Düsseldorfer Tabelle 366
2.4	Mangelfallberechnung 369
2.4.1	Grundsätze der Mangelfallberechnung 369
2.4.2	Einsatzbeträge 369
2.4.2.1	Einsatzbeträge für getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten 369
2.4.2.2	Einsatzbeträge für den mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden Ehegatten 370
2.4.2.3	Einsatzbeträge für den Unterhaltsberechtigten nach § 1615I BGB 370
2.4.3	Verteilungsmasse 377
F.	Familienunterhalt 379
1.	Strukturmerkmale 379
2.	Durchsetzbare Barunterhaltsansprüche 380
3.	Konkurrenz mit Barunterhaltsansprüchen 382
3.1	Umrechnung des Familienunterhalts in Barunterhalt 383
3.2	Berechnungsmethoden 383
	Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur 387
	Stichwortverzeichnis 388